



Dachten
auch sie
hätten noch
Zeit

WARUM
WHICH

Unsere
Forderungen für
den Klimaschutz

an die
Stadt München

#FridaysForFutureMuenchen

„Es gibt keine Grauzonen,
wenn es ums Überleben geht.“
- Greta Thunberg



Diese Forderungen richten sich an den Stadtrat der Landeshauptstadt München, den derzeitigen Bürgermeister sowie alle darauf folgenden Bürgermeister*innen.

Als überparteiliche Bewegung sprechen wir hiermit jede Partei, jede*n Vertreter*in einer Partei, parteilose Abgeordnete des Stadtrates sowie die hauptamtlichen Stadtratsmitglieder an.

Außerdem richten wir uns an alle Vereinigungen, Bewegungen und politisch Interessierte, die in München aktiv sind.

#FridaysForFutureMuenchen

Präambel



Die Klimakrise stellt die größte Bedrohung für Menschheit und Ökosysteme im 21. Jahrhundert dar. Bis 2019 hat sich die Welt laut IPCC [1] im Vergleich zur vorindustriellen Zeit um circa ein Grad Celsius erwärmt und dieser Prozess schreitet weiter voran. Die aus dem Klimawandel resultierenden Folgen, wie die Häufung extremer Wetterereignisse und das Artensterben, stellen bereits heute eine reale Bedrohung für uns alle dar. Deutschland als sehr reiches Land hat einen der höchsten Pro-Kopf-Ausstöße an Treibhausgasen [2] und zählt damit zu den Hauptverursachern der Klimakrise. Dabei ist unsere Generation die erste, die die Folgen des Klimawandels spüren wird und gleichzeitig die letzte, die sie eindämmen kann. Die Notwendigkeit, Maßnahmen zur Eindämmung der Klimakrise zu ergreifen, nimmt Städte im besonderen Maße in die Verantwortung, denn sie sind weltweit für ca. 80% der Treibhausgasemissionen verantwortlich. Rund 75% des Energieund Ressourcenbedarfs entfallen global auf Ballungszentren [3]. Durch die fortschreitende Urbanisierung wird sich dieser Anteil in Zukunft erhöhen.

Mit der Unterzeichnung des Pariser Klimaabkommens haben sich fast alle internationalen Akteure der Einhaltung des 1,5 °C-Ziels verschrieben - so auch Deutschland. Um dieses mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit einzuhalten, darf nach 2014 weltweit nur noch eine begrenzte Menge CO₂ ausgestoßen werden. Wenn dieses CO₂-Budget fair über die gesamte Weltbevölkerung verteilt wird, ist nach der vom Stadtrat anerkannten Berechnung des Öko Instituts bereits ab Mitte 2019 keine Emission mehr erlaubt [4]. Wir als Fridays for Future München sehen die einzige Möglichkeit, diesen groben Fehler ansatzweise wieder gut zu machen, in der konsequenten Umsetzung der bundesweiten FFF-Forderungen [5].

Wir betonen, dass gerade auch Kommunalpolitiker*innen dieses Anliegen auf allen politischen Ebenen mit größter Entschlossenheit vorantreiben müssen. Ein nachhaltiger Umgang mit unserem Planeten und dem Ökosystem muss Teil unserer Gesellschaft, unserer Kultur, unserer Wissenschaft und unserer Wirtschaft werden. Daher fordern wir die Stadt München auf, deutliche Maßnahmen zu ergreifen, die in enger Zusammenarbeit mit der Wissenschaft erarbeitet sind. Da die Folgen des Klimawandels fundamental ungerecht sind, kann die Sozialverträglichkeit der Lösungen auf keinen Fall hint angestellt werden. Nur so lässt sich die Lebensgrundlage künftiger Generationen nach Artikel 20a Grundgesetz schützen:

Die Stadt München muss bis 2035 Nettonull Treibhausgas/CO₂ Emissionen erreichen. Sämtliche Maßnahmen zum Klimaschutz und deren konkrete und rasche Umsetzung müssen an diesem Ziel ausgerichtet werden! Um dies zu ermöglichen, muss die Stadt München umgehend insbesondere folgende Maßnahmen umsetzen:

1. Mobilität

1. Eine starke Begrenzung des motorisierten Individualverkehrs

- Autofreie Zone innerhalb des Altstadtringes ab sofort und innerhalb des mittleren Rings bis spätestens 2025
- Spätestens ab 2025 ausschließlich lokal CO₂-emissionsfreie Fahrzeuge im Stadtgebiet

2. Ein umfassender Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs

- Massiver Ausbau der Kapazitäten
- ÖPNV kostenlos ab 2025
- Bau des S-Bahn Ring bis 2030
- Mindestens 10-Minuten Takt auf sämtlichen Verbindungen zwischen 6 und 24 Uhr ab 2025
- Sofortiger Anschaffungsstop von fossil betriebenen Fahrzeugen im ÖPNV

3. Ein vollständiger Ausbau des Fahrradverkehrs

Sofortiger Beginn der Umsetzung der Forderungen des Münchner Radentscheids [6]

- Bis spätestens Ende 2019 Beschluss und bis spätestens 2022 Fertigstellung des Altstadt-Radlring
- Eine leichtere Kombinierbarkeit von ÖPNV und Fahrrad wird gewährleistet
- Mehrspurige Fahrradtrassen entlang der Hauptverkehrsrouten

4. Eine strenge Regulierung des Flugverkehrs

- Keine dritte Startbahn
- Verhinderung von Kurzstreckenflügen durch massive Anhebung der Start- und Landegebühren

Der Straßenverkehr verursacht mehr als 20% der Münchner CO₂-Emissionen [7] und stößt bereits heute an die Grenzen seiner Kapazität. Somit ist es zwingend nötig, den motorisierten Individualverkehr stark zu begrenzen. Daher soll die Münchner Innenstadt in zwei Schritten zu einer autofreien Zone umgestaltet werden. Der motorisierte Individualverkehr soll ab sofort innerhalb des Altstadtrings und spätestens ab Ende 2025 im gesamten Innenbereich des mittleren Rings verboten werden. Von dieser Regelung ausgeschlossen bleiben Rettungsfahrzeuge, Fahrzeuge für Menschen mit Behinderungen sowie Lieferwägen und Busse des ÖPNV. Sämtliche im Stadtgebiet zum Einsatz kommenden, motorisierten Fahrzeuge müssen darüber hinaus spätestens ab 2025 lokal CO₂ emissionsfrei sein.

Um die Sozialverträglichkeit der Maßnahmen sowie die Mobilität der Bürger*innen sicherzustellen, müssen diese mit der Schaffung attraktiver Park-and-Ride-Systeme im Außenbezirk der Stadt inklusive Carsharing-Systeme gekoppelt sein. Um ein frühzeitiges Umdenken und die Suche nach Alternativen in der Gesellschaft zu unterstützen, sollen stark gesteigerte Parkgebühren und eine Citymaut als Übergangslösung bis zur Einführung der Fahrverbote in der Innenstadt eingeführt werden.

Um die Autofreiheit innerhalb des mittleren Rings zu ermöglichen, bedarf es eines massiven Ausbaus des öffentlichen Personennahverkehrs. Dieser Ausbau des Tram, Bus, U-Bahn und S-Bahn Netzes sollte sich insbesondere auf die Verbesserungen der Tangentialverbindungen konzentrieren. Der Bau eines S-Bahn Rings, wie auch im Koalitionsvertrag der Landesregierung beschrieben, wäre hier eine geeignete Maßnahme. Mit den Planungen und Ausschreibungen für dieses Projekt sollte unverzüglich begonnen werden, damit ein Abschluss der Arbeiten bis spätestens 2030 erreicht werden kann. Mittelfristig soll so für jede Verbindung des MVV zwischen 6 und 24 Uhr mindestens ein 10 Minuten Takt gewährleistet werden. Darüber hinaus muss die Nutzung des ÖPNV spätestens ab 2025 kostenlos sein, damit dieser allen Bürger*innen zu Gute kommen und weiter an Attraktivität gewinnen kann.

Als dritter Aspekt, neben der Neugestaltung des Individualverkehrs und des ÖPNV, ist ein umfassender Ausbau der Fahrradinfrastruktur vonnöten. Dieser Ausbau muss in einer sofortigen, entschlossenen Umsetzung des Radentscheids beginnen.

In diesem Zusammenhang soll der Altstadt-Radring bis spätestens 2022 fertiggestellt werden. Durch eine Stärkung der Stadtteilzentren kann und muss das Radfahren erleichtert werden, indem die zurückgelegten Wegstrecken verkürzt und eine dezentrale Daseinsversorgung garantiert wird. Eine unkomplizierte Kombinierbarkeit von ÖPNV und Fahrrad versteht sich als Teil dieses Maßnahmenpakets. Hierunter fallen die Förderung und der intensive Ausbau von Bike&Ride, sicheren Fahrradstellplätzen an Haltestellen des ÖPNV, die Bereitstellung von gut gewarteten, kostenlosen MVG-Rädern, die Erweiterung des Leihradangebots um Lastenfahrräder sowie die kostenlose Mitnahme von Fahrrädern in allen Verkehrsmitteln des ÖPNV.

Auch im Bereich des Flugverkehrs sehen wir starken Handlungsbedarf. Landegebühren werden schon jetzt dazu genutzt, um das Verhalten der Fluggesellschaften zu beeinflussen. Beispielsweise werden leisere Flugzeuge mit geringeren NO_x-Emissionen bevorzugt. Durch die Ausweitung dieses Ansatzes soll ein effektives Start- und Landeverbot von Kurzstreckenflügen ab bzw. vom Münchner Flughafen durch prohibitiv hohe Start- und Landegebühren eingeführt werden, sobald die zum aktuellen Zeitpunkt bestehenden Verträge auslaufen. Der Bau einer dritten Startbahn ist mit einem effektiven Klimaschutz nicht vereinbar und muss verhindert werden. Genauso gilt es, alle Subventionen, die an Fluggesellschaften ausgezahlt werden um den Flughafen München attraktiver zu machen, sofort einzustellen.

2. Stadtplanung und Gebäude

1. Die Einhaltung von höheren Energieeffizienzstandards bei bestehenden Gebäuden
 - Die Steigerung der Sanierungsrate auf mindestens 4% pro Jahr bis 2025
 - Die Beschränkung des Primärenergiebedarfs aller Wohn- und Gewerbebauten im Stadtgebiet auf 30 kWh pro Jahr und Quadratmeter ab 2030
 - Ein verpflichtender Anschluss aller bestehenden Gebäude an das Fernwärmenetz, falls Anschlussmöglichkeit besteht
2. Für Neubauten ab 2020:
 - eine Photovoltaik- oder Solarthermieanlage Pflicht
 - Einhaltung des unter 1. genannte Energieeffizienzstandard
 - Im Versorgungsgebiet eine Anschlusspflicht an das Fernwärmenetz
3. Beschränkung der Flächenversiegelung auf maximal 50% der Stadtfläche zum Erhalt von Versickerungsflächen.
4. Autofreie, an Stadtteilzentren orientierte Gestaltung bereits bestehender und neu geschaffener Stadtquartiere
5. Die Erstellung von Dekarbonisierungs- bzw. Energiekonzepten wird elementarer Bestandteile der Bauleitplanung und bei Umsetzung von städtebaulichen Wettbewerben.

Ein klimafreundliches München erfordert erheblich höhere Ansprüche an die bestehenden und neu entstehenden Bauten im Stadtgebiet. Folgende Maßnahmen sollen dabei sozialverträglich umgesetzt werden: Alle Wohn- und Gewerbebauten im Stadtgebiet sollten ab 2030 einen geringeren Primärenergiebedarf als 30 kWh pro Jahr und Quadratmeter aufweisen. Dafür muss die Sanierungsrate im Bestand bis 2025 auf mehr als 4% angehoben werden. Dabei muss eine ganzheitliche Betrachtung der Energiebilanz aller Baumaßnahmen beachtet werden. Weiterhin soll im Rahmen der Anschlusspflicht jedes Gebäude mit direktem Zugang verpflichtend an das Fernwärmenetz angeschlossen werden, sofern keine klimafreundlichere Lösung möglich ist.

Auf eine Reihe von Gebäuden kann die Stadt einen besonderen Einfluss nehmen. In erster Linie sind das Neubauten, insbesondere falls diese im Rahmen eines Stadtentwicklungsvertrags entstehen oder auf Grund gebaut werden, der zuvor der Stadt gehört hat sowie Gebäude, die sich direkt im Besitz der Stadt befinden. Diese Gebäude sollten ab 2020 einer Photovoltaik- oder Solarthermiepflicht unterworfen sein, eventuell durch eine Verpachtung an die SWM. Außerdem soll der 30 kWh/(m²a) Energieeffizienzstandard eingehalten werden. Auch die Dachflächen im Besitz der Landeshauptstadt müssen systematisch mit Photovoltaikanlagen ausgestattet werden, um München eine internationale Vorbildrolle beim Ausbau der erneuerbaren Energien zukommen zu lassen.

Auch bei der Planung und Gestaltung der Stadtquartiere braucht es ein Umdenken. Die Erstellung von Dekarbonisierungs- bzw. Energiekonzepten muss bei der Bauleitplanung mit höchster Priorität belegt werden. Um existierende CO₂-Senken und Versickerungsflächen zu erhalten und auszuweiten, muss die Flächenversiegelung auf 50% des Stadtgebietes beschränkt werden. Es sollen außerdem die Begrünung von Dach- und Wandflächen sowie frei zugängliche Gemeinschaftsgärten und Blühstreifen unterstützt werden. Weiterhin sollen Stadtteilzentren und der Einzelhandel gestärkt werden. Das verkürzt die Strecken, die zurückgelegt werden müssen; z.B. um Einkäufe zu tätigen. Damit wird Druck von allen Verkehrsmitteln genommen und Autos werden überflüssig. Durch autofreie Planung sollen klimafreundliche Mobilitätsformen noch attraktiver gemacht werden.

3. Energieversorgung

1. Großzügiger Neubau von erneuerbaren Erzeugungskapazitäten
2. Ende aller fossilen Heiz- und Kraftwerke: Keine fossilen Brückentechnologien, Betrieb des HKW Nord 2 bis 2022 beenden und den Betrieb bis dahin auf ein Minimum reduzieren
3. Erneuerbare Wärmequellen für das Fernwärmenetz: Massiver Ausbau der Geothermie, sodass ab 2035 Fernwärme ausschließlich durch erneuerbare Wärmequellen bereitgestellt wird.

Um die Klimaschutzziele zu erfüllen, müssen die Stadtwerke ihr Ziel, bis 2025 ihren Strom ausschließlich aus erneuerbaren Quellen zu gewinnen, unbedingt einhalten. Damit können ab sofort keine neu gebauten fossilen Kraftwerke geschaffen werden; insbesondere keine Brückentechnologien wie z.B. Gaskraftwerke. Der Neubau von erneuerbaren Erzeugungskapazitäten ist maßgeblich, denn Beteiligungen an Bestandsanlagen liefern keinen zusätzlichen Klimaschutzeffekt. Diese Kraftwerke sollten idealerweise lokal positioniert sein, damit das Netz in München ausschließlich und direkt von erneuerbaren Energien versorgt wird.

Das HKW Nord 2 muss in Übereinstimmung mit dem Bürgerbegehren 'Raus aus der Steinkohle' ab 2022 abgeschaltet bleiben; falls nötig in der Kaltreserve. Schon vorher gilt es den Betrieb auf ein Minimum zu beschränken.

Außerdem müssen massive Anstrengungen unter anderem im weiteren Ausbau der Geothermie unternommen werden, um bis 2035 Fernwärme ausschließlich durch erneuerbare Wärmequellen bereitzustellen. Auch hier muss unbedingt auf eine Nutzung von Brückentechnologien verzichtet werden. Dafür ist es auch wichtig, die Umstellung des Dampfnetzes auf Heißwasser zu beschleunigen. Auch die Ausweitung des Fernkältenetzes sollte vorangetrieben werden. Für Gebiete, die nicht durch das Fernwärmenetz erschlossen sind, ermöglichen Bürgerenergiegemeinschaften (z.B. kalte Nahwärmenetze) eine Erzeugung, Bereitstellung und Speicherung erneuerbarer Energie. Daher sollten sie von der SWM gefördert werden.

4. Ressourcenverbrauch, Ernährung, Abfall

1. Die Recyclingquote im Stadtgebiet soll ab 2030 nicht unter 90% liegen.
2. München soll spätestens ab 2025 vollständig einwegplastikfrei sein.
3. Eine verantwortungsvolle Sammlung von weggeworfener noch essbarer Nahrung, um Containern zu ermöglichen und die Erhebung von nennenswerten Gebühren für Entsorgung von Lebensmitteln, insbesondere für Gastronomie & Einzelhandel.
4. Erhöhung des Anteils an vegetarischen und veganen Gerichten in allen städtischen Verpflegungseinrichtungen auf mindestens 75%. Dabei 100% bio-zertifiziert und nach Möglichkeit regional und saisonal.
5. Ein deutlich höherer Anteil bio-zertifizierter Produkte auf dem Oktoberfest, orientiert an den Forderungen des Aktionsbündnis Artgerechtes München [8].

5. Stadtverwaltung

1. Abzug aller finanziellen Rücklagen und Anlagen der Stadt München aus klimaschädlichen Wertanlagen (Divestment)
2. Die Arbeit der Klimaschutzmanager*innen soll zentral koordiniert werden und ihren Initiativen muss eine hohe Priorität zukommen.



FAZIT



Uns ist bewusst, dass unsere Forderungen ambitioniert sind, doch wenn wir jetzt nicht entschlossen handeln, werden wir das 1,5° C-Ziel des Pariser Klimaabkommens verfehlen. Die dadurch entstehenden Schäden werden nicht reparabel sein und darüber hinaus weit höhere Kosten mit sich bringen als alle vorgeschlagenen Investitionen in konkrete Maßnahmen zur Vermeidung der Klimakatastrophe.

Die Stadt muss ihrer Verantwortung gegenüber der Umwelt und nachfolgenden Generationen im Sinne von Artikel 20a des Grundgesetzes und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte gerecht werden. München hat nahezu perfekte Voraussetzungen, um Vorreiter und Vorbild auf dem Weg zu einer nachhaltigen, klimaneutralen Stadt zu sein. Mit der LMU und der TU München, zahlreichen Hochschulen sowie den vielfältigen Forschungseinrichtungen (Fraunhofer-Gesellschaft, Max-Planck-Gesellschaft, Helmholtz-Gemeinschaft, u.a.) ist München eine der forschungsaktivsten Städte Europas. Gleichzeitig gehört die Landeshauptstadt zu den reichsten Städten Deutschlands und ist durch ihre hohe internationale Vernetzung zusätzlich in der Lage, deutliche Signale auf bundesund internationaler Ebene zu setzen.

Wenn München sich als internationaler Vorreiter verstehen möchte, muss es diese Ressourcen und Chancen nutzen, um unsere Stadt auf dem Weg zur Lösung der Klimakrise zu einer lebenswerteren, nachhaltigen Stadt zu gestalten.

Es darf nicht die alleinige Aufgabe der Jugend sein, Verantwortung für die Priorisierung des Klimaschutzes zu übernehmen. Wir fordern auf Kommunalebene jede*n Politiker*in, ab sofort, gerade in Fragen der Klimagerechtigkeit, zu mehr politischem Engagement auf! Solange die Politik dieser Verantwortung nicht ausreichend nachkommt, sehen wir uns gezwungen, weiter zu streiken, bis gehandelt wird.

Glossar

Bauleitpläne	Von der Stadt erstellte Pläne in denen grob geregelt wird, was wo gebaut werden darf.
Brückentechnologien	Technologien die genutzt werden um technologische Umstellungen zu überbrücken. Bei der Energiewende sind das z.B. Gaskraftwerke, die zwar geringere CO ₂ Emissionen als Kohlekraftwerke verursachen aber langfristig trotzdem untragbar sind.
Bürgerenergiegemeinschaften	Autark agierende Energieversorgungssysteme, die ausschließlich ein Viertel versorgen.
Dampfnetz	Es gibt zwei Fernwärmenetze in München. Eines transportiert Wasser mit mehr als 100C (also Dampf) und eines Wasser mit weniger als 100C (also Heißwasser). Eine niedrigere Temperatur ermöglicht eine größere Auswahl an Wärmequellen und weniger Transmissionsverluste und sollte daher weiter verbreitet werden.
Dekarbonisierungs- und Energiekonzepte	Langfristige Konzepte, die eine komplett erneuerbare Energieversorgung planen.
Erzeugungskapazitäten	In diesem Zusammenhang: Kapazitäten um Strom zu erzeugen.
Fernkältenetz	Für bestimmte Quartiere lohnt sich zur Kühlung im Sommer ein von Grundwasser gespeistes Fernkältenetz.

Fernwärmenetz	Die Abwärme von einigen Industrieanlagen und Kraftwerken wird über das Fernwärmenetz an Haushalte verteilt um die Heizungen zu betreiben.
Flächenversiegelung	Der Anteil der Oberfläche, der z.B. durch Gebäude oder Straßen verdeckt ist. 2011 war München zu 46% versiegelt [9].
Ganzheitliche Energiebilanz	Teilweise ist die Herstellung von Baustoffen, die die Energiebilanz von Gebäuden verbessern soll, selber so Ressourcenintensiv, das kein wirklicher Klimaschutzeffekt auftritt. Das gilt es zu vermeiden.
Klimaschutzmanager*innen	Im Rahmen von [7] gibt es, über die Referate der Stadt verteilt, 13,5 Stellen für Menschen, die sich ausschließlich mit Klimaschutzaktivitäten befassen.
kumulativ	Sich anhäufend, steigend.
Motorisierter Individualverkehr	Alles was mit einem Motor fährt und nicht in der Lage ist große Mengen an Menschen zu transportieren. Z.B. Kleinwagen, SUVs, Transporter etc.
Primärenergiebedarf	Die Energie die insgesamt für Strom und Heizung aufgebracht werden muss. Dabei ist Energie, die erzeugt wird, aber dann auf dem Weg zum Verbraucher verloren geht eingeschlossen.
Recyclingquote	Der Anteil des Mülls in Gewicht, der recycelt wird.
Sozialverträglichkeit	Die unvermeidbare Kosten, die diese Maßnahmen verlangen, müssen gerecht über alle Bevölkerungsgruppen verteilt werden.

Quellen

[1] 'IPCC, 2018: Summary for Policymakers', in Masson-Delmotte, V., P. Zhai, H.-O. Pörtner, D. Roberts, J. Skea, P.R. Shukla, A. Pirani, W. MoufoumaOkia, C. Péan, R. Pidcock, S. Connors, J.B.R. Matthews, Y. Chen, X. Zhou, M.I. Gomis, E. Lonnoy, Maycock, M. Tignor, and T. Waterfield (eds.) Global Warming of 1.5C. An IPCC Special Report on the impacts of global warming of 1.5C above pre-industrial levels and related global greenhouse gas emission pathways, in the context of strengthening the global response to the threat of climate change, sustainable development, and efforts to eradicate poverty, World Meteorological Organization, Geneva, Switzerland, 2018, pp. 32

[2] Climate Data Explorer, CAIT, 2015

[3] 'Kapitel 1.0', in Lechtenböhrer, Barthel, Böhrer-Baedeker, Hofmann, Kristof, Merten, Rudolph, Schneider, Schüwer, Seifried, Munich - Roads to a Fossil Carbon Free Future, Wuppertal Institut, 2009

[4] 'Kapitel 6.2' in Kenkmann, Hesse, Hülsmann, Timpe, Hoppe Klimaschutzziel und –strategie München 2050, Öko-Institut, 2017

[5] UNSERE FORDERUNGEN FÜR DEN KLIMASCHUTZ, Fridays for Future, 2019

[6] Ziele und Forderungen, Münchner Radentschied, 2019

[7] 2015: Integriertes Handlungsprogramm Klimaschutz in München (IHKM) Klimaschutzprogramm 2015

[8] Bio auf Münchens Festen ausgebremst: Mit bayerischer Massentierhaltung kann man jetzt die entscheidenden Punkte bekommen, Aktionsbündnis Artgerechtes München, 2017

[9] Fortschreibung der Münchner Versiegelungskarte, Referat für Gesundheit und Umwelt, 2011